

**Zeitungspresse:**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Ausgabe 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, und die Post monatlich  
0,25 Mark, die halbjährlich 1,25 Mark u. s.  
w. Die halbjährliche Ausgabe, die  
Abbestellungen werden von den Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsgewerbe unter  
Einschaltung eingetragener, für  
unverändert eingetragener Marken  
steht ein Preisverzeichniss über-  
nommen. Lediglich nur mit der  
Einschaltung, die die Zeitung ge-  
hört. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Druckerei-Nr. 1133  
u. 1135, der Druckerei-Nr. 1133.

# Volke-Zeitung

**Anzeigenpreise:**  
Die 6 Spalten 34 mm breite Mi-  
nutenzeile über deren Raum 20 Pf.,  
Samstagsanzeigen 40 Pf., Restraum  
2,50 Mark diese Zeilenzeile  
12 Spalten Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an. Samstags-  
Anzeigenpreise: Erfüllungsgeld  
10 Pf., Erstmal täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal,  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 1a, Dr. Schulze, 17,  
Neue Geschäftsstelle: Große  
Ulrichstraße 52 und Markt 24,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4008

## Die deutsche Wiederaufbaunote

Neg ist im Wortlaut vor. Sie ist Freitag mittag an die Reparationskommission abgehandelt worden. Es heißt darin: Deutschland ist durch den Krieg in der Lage, sich für die Wiederaufbauarbeiten des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Krieg zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Wünsche des Volkes unter den beteiligten Völkern nicht verwirklicht werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestmögliche bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaues erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufzählung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenfassend auf folgende Wünsche hinzuwirken:

1. Deutschland könne den Wiederaufbau bestimmter Gebiete, Kleinst- oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaues unter Übernahmung sämtlicher Kosten in eigener Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen.
2. Deutschland ist ferner wiens, unabhängig von der in vorgeschlagenen Regelung, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Vorderasien und Belgiens alle Hilfsmittel bereitzustellen.

Die deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufbaumaterialien und Aufbauarbeiter vorzuschicken.
2. Bergleuten im Aufbaubereich inständig zu setzen oder neue zu erteilen, ebenso Kalk, Gips und Zementwerke beschaffen zu erlauben, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Bauzwecke beginnen zu können, hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern.
3. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaubereich nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind.
4. Sofort mit der Anfertigung von Behältnissen aller Art, mindestens aber 25 000 Holzbehältern (Wohnbehältern) zu beginnen und viele vor Beginn der nächsten Jahreszeit aufzustellen, um den ungemessen dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten sofort zu begegnen.

5. Da die Ausstattung mit Möbeln, Defen, Kochgeräten und Kochgeschirren zu liefern.
6. nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinschaftlichen Betrieben oder durch private Unternehmerrbetriebe oder unter Zustimmung aller drei Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten versichert sie, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

III. Die Verwirklichung aller obenerwähnten Maßnahmen erfordert eine gewisse Zeit, andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Aufbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung, denjenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wiederaufgebaut haben wollen, leistungsfähige und vertrauensvolle und tüchtige Arbeiter zu benennen. Mit diesen Unternehmern können die Geschädigten oder ihre Interessengruppen vollständige Bauprojekte mit Kostenantrag aufstellen.

London, 23. April. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ ist der Ansicht, daß die Note über den Wiederaufbau ein wichtiger Faktor in der Beratung zwischen Lloyd George und Briand werden kann. Als Beitrag zum gemeinsamen Reparationsproblem sei die Note nur ein Anfang, jedoch komme sie den sofortigen Bedürfnissen Frankreichs entgegen, denn, was auch gegen die Deutschen eingewendet werde, nie habe ihre Wichtigkeit als Arbeiter in Frage gelanden, und nach dem neuen deutschen Plan würde Frankreich mit heimischer Sicherheit nicht nur Arbeiter bekommen, sondern auch gute Häuser. Der Vorschlag wird natürlich bei den großen französischen Industriellen, die selbstverständlich auf Wiederaufbauverträge rechnen, auf Widerstand stoßen.

**Um den Metallbestand der Reichsbank.**  
Die deutschen Antworten.  
Berlin, 23. April. Die von der deutschen Regierung in der Ang legerheit des Reichsanwaltes an die Reparationskommission abgegebene Note hat folgenden Wortlaut: Im Auftrag der deutschen Regierung bezieht sich die Reparationskommission, auf die Note der Reparationskommission vom 16. April wegen des Metallbestandes der Reichsbank folgendes zu erwidern:

Wenn die Reparationskommission von der deutschen Regierung zur Erhaltung einer sich zeit und Garantie für die Reparation vor dem 1. Mai 1921 bei Übertragung des gesamten Metallbestandes der Reichsbank an die Reparationskommission in Köln oder Koblenz verlangt, so liegt es nahe, diesen Entschluß darauf zurückzuführen, daß der Absatz 2 des Artikels 248 des Friedensvertrages, nach dem die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission weder Gold ausführen noch bezücker verfügen, noch seine Ausfuhr, noch die Freigabe darüber gestatten darf, mit Ablauf des 1. Mai 1921 außer Kraft tritt. Die deutsche Regierung erkennt an, welches Interesse die alliierten und assoziierten Regierungen daran haben, daß diese Bestimmungen möglichst außer Kraft tritt, als bis eine gründlich: Verständigung über die Lösung des Reparationsproblems erfolgt ist. Sie erklärt sich daher bereit, sofort die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, damit noch vor dem 1. Mai die Geltung der genannten Bestimmungen bis zum 1. Oktober 1921 verlängert wird. Hierzu ist die deutsche Regierung einen heftigen, friedlichen Entschluß für die von der Reparationskommission ins Auge gefasste Maßnahme vorzulegen. Die verlangte Maßnahme auszuführen, ist der deutschen Regierung schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Reichsbank als Privatinstitut in der Verwaltung ihres Privatvermögens, insbesondere ihres Metallbestandes, frei und von der Reichsbankverwaltung unabhängig ist. Die Aufrechterhaltung des formellen Eigentumsrechts der Bank würde die Bedeutung nicht behoben. Die Maßnahme würde auch dem von der Reparationskommission erstrebten Zweck, die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen sicherzustellen, nicht dienlich sein, da es würde durch die erzwungene Wegführung der letzten Golddeckung der deutschen Banknoten eine erneute schwere Geldmutterung der deutschen Banknoten und des deutschen Geldwesens unausweichlich eintreten. Eine so hervorgerufene erneute Entwertung der deutschen Banknoten würde zu einer schweren Krise der deutschen Wirtschaft und einer dauernden Herabminderung ihrer Leistungsfähigkeit führen. Sie würde nicht zuletzt alle Ausländer deutscher Art im Ausland sowie überhaupt alle ausländischen Gläubiger Deutschlands schwer in Mitleidenhaft ziehen.

## Deutscher Reichstag.

94. Sitzung vom 23. April, nachmittags 3 Uhr.

Am Regierungstisch: der Reichszkanzler Dr. Simons u. a.

Präsident Loebe teilt mit, daß die Anwesenheit von Reichsbankern heute noch nicht in der Lage sei, eine

der Beratung der neuen, von Deutschland zu machenden Vorschläge und halte es nicht für richtig, schon heute sich darüber zu äußern. Die Erklärung würde am Montag erfolgen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Crippien (U. S.), daß er die Gründe der Regierung nicht anerkennen könne. Die Taktik der Regierung, auf eigene Faust ohne Anhörung des Reichstages zu handeln, dürfe nicht fortgesetzt werden. Die Note dürfe unter keinen Umständen abgehandelt werden, ohne daß der Reichstag sie vorher kennen gelernt habe. Er verlangt sodann sofortige Berichtigung.

Reichszkanzler Behrens: Die Reichsregierung hat keinen Widerspruch gegen die Aenderungung der heutigen Sitzung erhoben in der Annahme, daß die Antwort auf die amerikanische Note bereits abgegeben sein würde. Es hat sich nicht durchführen lassen. Bei der Wichtigkeit und bei der Schwierigkeit der Sache glaube ich, bedarf es nur dieser wenigen Worte, um dem Bewußtsein dieses Hauses nach zu bringen, daß die Antwort jetzt schon festzustellen nicht möglich war. Nach Ansicht der Regierung kann von einer öffentlichen Erörterung im Parlament keine Rede sein, solange die Antwort nicht an die Adresse der amerikanischen Regierung gelangt ist. Es entspricht nicht den Gepflogenheiten diplomatischer Verhandlungen, vorher in eine solche Erörterung einzutreten. Die Regierung hat aber, abgesehen von diesen formellen Gesichtspunkten, das Bedenken, daß durch eine öffentliche Erörterung im Plenum der Schritt, den sie zu unternehmen gedenkt, wesentlich gefährdet werden könnte. Gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Schrittes, von dem der Erfolg die Zukunft des deutschen Volkes abhängig sein wird, kann sich die Regierung zum Eintritt in eine Erörterung der Angelegenheit nicht verstehen, solange nicht die amerikanische Regierung die Antwort der deutschen Note in den Händen hat. (Stimmlos)

Abg. Gezer (Komm.) meint, vielleicht sei der Reichstag zur nicht damit einverstanden, daß die Regierung überhaupt die Note absende. Da müsse der Reichstag, müsse das Volk mitreden. Er beantragte, falls die Angelegenheiten der auswärtigen Politik ausfallen sollten, in der Beratung der unabhängigen Anträge auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen fortzusetzen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Die Gründe, die der Reichszkanzler heute gegen eine Berichtigung nachdrücklich behauptet, sind in der Tat nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen steht

eine Debatte zwecklos. Die ungeheure Verantwortung, die Dr. Simons mit seinem Schritt gegenüber Amerika übernehme, muß er allein tragen.

Abg. Müller-Franke (Soz.) hält die Ansicht des Reichszkanzlers, über eine Note nicht zu sprechen, solange sie nicht überreicht ist, für richtig. Redner fragt, wann die Regierung eine Erklärung abgegeben hätte. Eventuell könnte selbst in späteren Rhythmen oder auch morgen verhandelt werden. Ein Debatte über die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen sollte er jetzt für zwecklos, stimme aber dem Antrag Gezer auf Fortsetzung der abgebrochenen Debatte inständig zu, als die Bestimmungen vorzunehmen werden müßten.

Abg. Crippien (U. S.): Die breite Öffentlichkeit verlangt Aufklärung. Der 1. Mai steht vor der Tür. Die Geheimnisräuber ist über die, zumal die amerikanische Presse die Not in ja doch früher zu veröffentlichen pflegt, als die Regierung in Händen hat. Der Reichstag übernimmt die Verantwortung, falls er die Regierung weiter auf eigene Klappe handeln läßt.

Minister Dr. Simons erwidert dem Abg. Müller-Franke, die Note werde er im Laufe der Nacht nach Washington abgeben, und es sei ihm unklar, ob sie wegen des Sonntagsdienstes morgen in die Hände der amerikanischen Regierung gelange. Er bitte deshalb, die Debatte nicht vor Montag oder am nachmittag anzustellen.

Nach weiterer unverständlicher Debatte wird der Antrag Crippien, die sofortige Berichtigung der gestrigen Regierungserklärung vorzunehmen, gegen die Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. Der Antrag Gezer auf Fortsetzung der Debatte über die Ausnahmebestimmungen scheitert am Widerspruch des Abg. Burloge (Zp.).

Ein weiterer Antrag Crippien, Sonntag, vormittags 11 Uhr, eine Sitzung abzuhalten, wird gegen Unabhängige und Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag, nachmittags 3 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung und Interpellationen Oberhof und Arnstadt über auswärtige Politik. Schluß 4 Uhr.

## Beratungen im Reichskabinett.

Das Reichskabinett ist heute vormittag erneut zusammengetreten, um eine Schlussberatung über die deutschen Vorschläge und die Form der Note abzuhalten, die den Alliierten zufolge noch heute nach Washington abgehen soll.

Die Reichstagsfraktionen der drei Koalitionen haben heute vormittag eine Besprechung über die Wiedergutmachungsfrage abgehalten, bei der, wie das „Z. T.“ schreibt, eine Einigung dahin erzielt wurde, daß unter allen Umständen der von der Reichsregierung einmal angegriffene haben nicht abgerufen werden dürfe und daß alles unterbleiben müsse, was die Lage erschweren könnte, mit anderen Worten: Es dürfe keine Kabinettskrise eintreten.

## Zur Aburteilung der „Kriegsverbrecher“.

Eine Abwehrnote der deutschen Regierung gegen Anschuldigungen des englischen Generalstaatsanwalts.

Berlin, 23. April. Zu der Erklärung des englischen Generalstaatsanwalts im Unterhause, daß die Sentenzen der Alliierten nicht zum Geringsten auf Deutschlands Verhalten in der Frage der Kriegsverpflichtungen zurückzuführen seien und zu der feineren Erklärung des Reichsanhalters der Londoner Konferenz, daß sich die Unterlagen seit Monaten in der Hand der deutschen Regierung befinden, betont eine der Reichskabinettskonferenzen übergebene Note, daß die Regierung von Italien, Rumänien und Serbien das Belagerungsmaterial dem Österreichischen Reich in Leipzig bisher überhaupt noch nicht zugehen ließen. Das Material aus Frankreich und Belgien war ihm zur Zeit der Londoner Konferenz erst zum Teil überantwortet worden, und von diesem entpfordert nur ein Teil der Anforderung, die nach dem Artikel 231 erfüllt sein muß, um die Verantwortung vor dem Völkerrecht zu ermöglichen. Erst in der allerletzten Zeit ist der Rest des belagerten Materials eingegangen, das französisch nicht zu einem Teil auch jetzt noch aus. Das englische Material ist im November 1920 überliefert worden, aber ebenfalls in einer Form, die seine Verwendung in der Hauptverhandlung nach den deutschen Gesetzen nicht gestattet. Die Prüfung des Materials sei ferner dadurch verzögert worden, daß die Fälle ziemlich lange zurückliegen. Nach Beendigung der Sammlungs- und Prüfungsarbeiten hat die deutsche Regierung die britische, französische und belgische Regierung gebeten, sich mit Vorfällen über die technischen Fragen der Verweismittelherstellung einzustellen zu erklären. Zwischen einem Vertreter des Österreichischen Reichsanhalters und dem englischen und belgischen Justizverwaltung haben diese Verhandlungen stattgefunden. Die französische Regierung hat der Anregung der deutschen Regierung bisher nicht stattgegeben. Die Vernehmung der englischen und belgischen Zeugen, die nicht zum Ergehen in der Hauptverhandlung bereit sind, steht unmittebar bevor. Sobald sie erledigt ist, werden die Verhandlungen in Leipzig beginnen. Der gegen Deutschland erhobene Vorwurf ist um so begründlicher, als der englische Generalstaatsanwalt nach am 12. Februar auf eine Anfrage im Unterhause erklärte, daß die darin der deutschen Regierung der Vorwurf der Verschleppung nicht gemacht

werden könne. Der Versuch, die in London beschlossenen Gewaltmaßnahmen mit einer Säumnis Deutschlands zu begründen, muß an den Tatsachen scheitern.

### Beginn der Verhandlungen.

Am 23. Mai beginnen in Leipzig die Reichsgerichtspräsidenten eine dreitägige Konferenz, die hauptsächlich dem Zweck dient, die Verhandlungen in Leipzig zu beschleunigen. Der 1. Prozeß richtet sich gegen den früheren Unteroffizier Heynen, dem Gejangenemittlung der Luft gelegt werden. Am 2. Stelle wird gegen den früheren Hauptmann Müller, Gellertschke und im 3. Prozeß gegen den Soldaten Kammann wegen der gleichen Vergehen verhandelt. Der 4. Prozeß richtet sich gegen den ehemaligen Feldpostbeamten Rombold, der beschuldigt wird, unter Umgehung seiner Pflichten Spionagemaßnahmen gegen deutsche Einwohner angestrebt zu haben, um Gefährdungen zu erfassen. Die ersten drei Prozesse betreffen durchweg englische Fälle.

Die Verhandlungen in Leipzig sind öffentlich und finden in Gegenwart der Angeklagten im öffentlichen Saal des Reichsgerichtes statt. Es werden ihnen auch Vertreter der Entente und des Ministeriums beizugehen.

### Der Kampf um das Kabinett Stegerwald.

#### 14. Sitzung des Reichstages.

#### Ein Vertrauensvotum.

Der Entwurf auf Erhöhung der Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Reichstages wird in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

In der abend fortgesetzten Aussprache über das Regierungsprogramm beantragt

Abg. Defer (Deutschdem.) die Schwierigkeiten der Kabinetsbildung. Wenn die Sozialdemokraten glauben, daß das Zentrum eine Bindung eingegangen sei, so sei doch Herr Stegerwald daran nicht beteiligt. Durch die Neuwahl sei aber auch das ausgeglichen. Weiter behauptet, daß die Vorbereitung der Koalition nach rechts gescheitert ist und macht dafür einmal

den tatsächlichen Eigenheiten der Sozialdemokratie, zweitens aber das geradezu unangenehme aggressive Verhalten der Volkspartei verantwortlich. Ein reines Kabinettministerium wäre ein Hohn auf den Parlamentarismus gewesen. Deshalb haben wir die letzte Regierungsbildung vorgezogen zur Verwirklichung des Gewählens, eine Politik zu treiben, die genau den Wünschen der verschiedenen Fraktionen entspricht. (Sehr laut!) Redner erkennt die erspriehliche Tätigkeit der bisherigen sozialdemokratischen Fraktion an, hofft auf ein neues Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie und warnt besonders vor zu weitgehenden Angriffen. Redner fordert eine fortgesetzte Demokratisierung der Verwaltung. Er ermahnt die parlamentarische Tätigkeit nicht sozialdemokratischer Parteien und Verwaltungsbekanntnisse an und meint, von einem großen Reinergebnis in der Verwaltung könne nicht die Rede sein. (Zurück rufen: Aber nicht!)

Die Kampanjongen der Sozialdemokraten machte jedenfalls einen höchst merkwürdigen Eindruck nach außen als das Verhalten der Redner. Wir sehen daher auch den tendenziösen Vertrauensantrag der Sozialdemokraten als ein Mandat an und haben entsprechend unseren Antrag in die Form umgewandelt, daß wir der Regierung das Vertrauen aussprechen, dessen sie nach der Verfallung bedarf. (Beifall b. d. Mittelparteien.)

Die zweite Redeergänzung wird eingeleitet durch

Abg. v. M. d. (Soz.) Die Sozialdemokraten haben die Rechte nicht in Worten, sondern in Taten gegenüber. Somit wäre die alte Koalition beim guten Willen weit tragfähiger gewesen als die jetzige Minderheitsregierung im Reich. Rechte und Zentrum hätten aber: Soz. und Lager rein. Man würde eben die Regierung nach rechts schieben. Nicht aus Fraktion zu trennen und die Sozialdemokraten nicht als Schwächlinge der Großpartei und der Schwerindustrie in dem Gesamtinteresse des Volkes gerecht werden kann. Zur Sozialdemokratie gehört Herr Glinnes, der im Moment der Londoner Verhandlungen Deutschlands Interessen durch die Tausch seines Stilles auf den Namen Bendorff aufs Spiel setzte und damit Landes- und Reichsruhm schandete.

Abg. v. H. (Zent.) nimmt für seine Partei das Recht der politischen Unabhängigkeit genau so in Anspruch wie es die Sozialdemokratie tut. Minister Bendorff ist Zeuge dafür, daß als die Sozialdemokraten erlitten. Herr Stegerwald hat eine Bindung aufgegeben, Zentrum und Volkspartei in der Koalition zu sein. Wir waren bemüht, die Sozialdemokraten bei der Koalition zu erhalten. Aber wir kommen auch darüber nicht hinweg, daß nach dem letzten Wahl im Hause eine große bürgerliche Mehrheit

und wäre es eine Verhöhnung der Demokratie, dem nicht Rechnung zu tragen. Die letzten Wochen sind Wochen im Reich für die Köpfe derjenigen, die behaupten, das deutsche Volk sei für den Parlamentarismus noch nicht reif. In einer Zeit, wo das Haus an allen Ecken brennt, soll man sich nicht gegenseitig beschuldigen. Wir werden den Ministerpräsidenten bei seiner unbedingten Verantwortlichkeit gegenüber dem Reich nicht unterstützen. Die Sozialdemokraten die jachliche Arbeit unmöglich machen, wenn sie es verantworten können.

Abg. Kappel (Dm.) Die Vorgesichte des jetzigen Kabinetts ist die Verankerung des parlamentarischen Systems. Wir Sozialdemokraten haben Herrn Stegerwald zum Ministerpräsidenten gewählt, nicht weil er Zentrumsmann, sondern weil er anerkannter Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist. Daraus ergibt sich schon, daß von einer Regierung gegen die Arbeiter keine Rede sein kann.

Abg. v. K. (D. Vp.) Wendet sich zunächst unter Berücksichtigung auf englische Stimmung und Kaufkraft gegen die Behauptung, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage. Die nationale Einigung des deutschen und preussischen Volkes kann erst eintreten, wenn auch die Sozialdemokratie sich zu dem nationalen Gedanken bekennen, an den Ministerpräsident Stegerwald appelliert habe. Viele Sozialdemokraten hätten die Unerschlichkeit des Kapitals anerkannt. Darum können die Sozialdemokraten doch nicht jede Gemeinlichkeit mit einer Partei ablehnen, in der Vertreter des Großkapitals sitzen. Redner wendet sich dann gegen den Abg. Defer und erklärt: Unsere Widerstand hat uns nach fast zwei Jahren nachgemacht. (Wüstliche Zustimmung. Rufe b. d. Soz.)

Selbst Redner hat freilich kein anderes Wort! Die jetzige Zeit beweist die Notwendigkeit der Einheitspartei. (Rufe b. d. Soz.) Es wollen Wilhelm II. wieder haben! Könd nie war die Macht des Parlamentes so groß und gleichzeitig sein Ansehen so gering wie heute. Im Interesse des Landes sollte die Session wieder vertagt werden auf 6 bis 7 Monate. Redner schließt unter dem Beifall der Rechten mit einem Appell zur nationalen Einigung.

Abg. v. A. (Komm.) das Wort nimmt und die Unzufriedenheit seines Freundes Schulz gegen das Kabinett wiederholt. Leert sich der Saal bis etwa 1/2 Abgeordnete außer den Kommunisten.

Abg. v. E. (U. V.) Wir freuen uns der frischen Kampfbereitschaft der Sozialdemokraten, aber wir wollen abermals daran bestehen, daß ein wirklicher Kampf schließt, nicht nur im Parlament. Die neue Regierung ist die Gefangen der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei. Wir wollen den Einheitspunkt der Ausländer die Einheitspunkt der Ausländer entgegenstellen. (Beif. b. d. U. V., Z. H. Z. H. Z. H.)

Damit schließt die Aussprache. Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen wird namentlich über folgendes von den Abg. Vorst. (Z. H.) und Defer (Dem.) unterzeichnetes Vertrauensvotum abgestimmt: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung am 22. April 1921 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Bundes führen wird und spricht ihr das Vertrauen aus, dessen sie nach der Verfallung zu ihrer Ausföhrung bedarf. Die Abstimmung ergibt die

### Annahme des Antrages mit 216 gegen 130 Stimmen.

Das Ergebnis wird von den bürgerlichen Parteien mit lautem Beifall, von den sozialistischen Parteien mit Zischen und Pfiffrufen aufgenommen. Darauf verläßt sich das Haus auf Dienstag, den 3. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht a. a. die Fortsetzung der Beratung über die Vermögensfrage und die Fortsetzung der Verhandlungen. Schluß: 1/2 Uhr.

### Hardings Vermittlerrolle in französischer Auffassung.

Paris, 23. April. „Coeur“ schreibt, Harding habe gesagt, er wisse, daß er eine große Verantwortung übernehme, wenn er die Intervention übernehme, aber er könne nicht nein sagen, weil es ein nicht wieder auf zu machendes Unglück über ihn gelte. Dieses Unglück sei nach Hardings Ansicht die Verletzung des Ruhrgebietes. Die amerikanische Regierung wolle nicht, daß der Eingriff als Vermittlung oder als Einmischung betrachtet werde, aber das sei nur eine Forderung. Harding wisse sehr wohl, daß wenn er übernehme, die Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Alliierten zu unterbreiten, d. h. wenn er Deutschlands Rückschlüsse, die er für annehmbar halte, weitergebe, er tatsächlich eine Vermittlung übernehme. Es sei ihm unmöglich, einfacher Vorgesetzter zu sein. Die Umstände würden ihn gezwungen machen zum Schiedsrichter der Angelegenheit machen.

Paris, 23. April. „Le Journal“ sagt vom Stand zu der amerikanischen Seite, er wolle seine Gefühle der Befriedigung und Erleichterung, die ihm diese Aktion einfließen, nicht verheimlichen. Er habe darin keineswegs eine Niederlage der französischen Regierung, sondern er betrachte das Eingreifen der Vereinigten Staaten als das einzige Mittel, die französische und die deutsche Regierung aus der tragischen Verlegenheit herauszuführen, in die sie durch ihre wiederholten Fehler geraten seien. Nachdem der Abgeordnete von verschiedenen Nachrichten über die Zwangsmassnahmen, die in den letzten Tagen in der offiziellen Presse verbreitet wurden, gesprochen hat, sagt er, das Eingreifen Amerikas könne diese Verhältnisse beseitigen. Wenn man die Verhandlungen auf Wunsch der amerikanischen Freunde wieder eröffnen, ist alles gestattet, sogar das Freigehe. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ sagt, nimmere habe Deutschland das Wort.

### Ein Sozialist für privatwirtschaftliche Betriebsführung.

#### Statt Kommunalisierung — gemeinschaftlicher Betrieb.

Die innere deutsche Wirtschaftspolitik wird im Reich, Ländern und Gemeinden in nächster Zeit außerordentlich hart unter dem Zeichen starker Angriffe der sozialistischen Parteien stehen. Die sozialistische Partei hat die Privatwirtschaft als die Ursache der Wirtschaftskrisis angesehen und hat die Sozialisten als die einzigen Retter angesehen. Die Sozialisten haben die Privatwirtschaft als die Ursache der Wirtschaftskrisis angesehen und haben die Sozialisten als die einzigen Retter angesehen. Die Sozialisten haben die Privatwirtschaft als die Ursache der Wirtschaftskrisis angesehen und haben die Sozialisten als die einzigen Retter angesehen.

Alle, die sich verpflichten, diesen innerpolitischen Gefahren zu begegnen, die in der Verwirklichung der sozialistischen Doktrin eine zur Katastrophe der Volkswirtschaft führende Entwicklung sehen, müssen dabei mit besonderer Aufmerksamkeit die Vorgänge verfolgen, die auf die innere Unzufriedenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems verweisen, die weiterhin auch klar erkennen lassen, wie stark die sozialistische Staatspolitik durch innere Kritik zermürbt ist.

Eine besondere Beachtung erfordert hierbei die kürzlich dem Magistrat der neuen Stadtgemeinde Berlin angekündigte Denkschrift des Stadtbaurats v. Orten über die Reorganisationsfrage der Verwaltung der hiesigen Werke, da Berlin als Wirtschaftszentrum von den zahllosen unabhängigen sozialistischen Betrieben außerordentlich geschäftig wird. Ihm von dieser Seite wie auch von Gruppen der kommunistischen Partei sogar die wirtschaftliche Ausübung von Betriebsarbeiten übertragen wurde. Hörtens Denkschrift ist eine klare Abfolge gegen alle Kommunalisierung. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in der heute einzig möglichen Form, der Verstaatlichung oder Verstaatlichung, ist ihm auf Grund seiner Erfahrungen unlosbar verbunden mit einem Bürokratismus, der die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung und die Betriebsproduktivität zum Schaden des Ganzen hemmend beeinflusst. Seine Denkschrift spricht sich nicht nur gegen die Verstaatlichung des gesamten öffentlichen oder staatlichen Wirtschaftsbereiches, sondern auch gegen die Verstaatlichung der kommunikativen Betriebe in eine privatwirtschaftliche Form, sondern fordert vor allem auch die Rückführung der bisher kommunikativen Betriebe in eine privatwirtschaftliche Form, sondern fordert vor allem auch die Rückführung der bisher kommunikativen Betriebe in eine privatwirtschaftliche Form.

Die praktische Verwirklichung seines Planes schlägt Herr v. Orten vor, daß die bisherigen hiesigen Werke in die Form einer Wittengemeinschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung überführt werden, deren Anteile in Händen der Stadtgemeinde liegen, deren Generalsdirektion aber eine Verwaltungsbekanntnisse, sondern eine sachliche Aufsichtsratsverantwortliche Leitung ist. In gemeinnützigen Wirtschaftszweigen, die bisher noch nicht kommunalisiert waren, soll die gemeinnützige Einrichtung ihres wirtschaftlichen Handels durch Kapitalbeteiligung der Stadtgemeinden gefördert werden unter voller Beibehaltung ihrer privatwirtschaftlichen Leitung und Betriebsorganisation.

Der die ganze Denkschrift beherrschende Gedanke ist, daß die bewegliche, freie Initiative der Privatunternehmung auch in der gemeinnützigen Wirtschaft nicht geschwächt werden darf, daß sie ein un-

erlässlicher Bestandteil erfolgreicher Wirtschaftens ist, und daß jede wirtschaftspolitische Maßnahme, die sie außer Acht läßt, schädlich wirkt. Man wird gerade in der jetzigen politischen Situation mit ihrem Gehalt größeren Wert auf die wirtschaftlichen dieser Unternehmung, der privatwirtschaftlichen Wirtschaften durch einen sozialistischen Wirtschaftler als wertvolles Elementen dahingegen ausgenommen haben, daß der Wille des Volkes, der Wille der arbeitenden Klassen, nicht auf der Verstaatlichung der Produktionsmittel, daß vielmehr das soziale Problem nur auf der Basis der Privatwirtschaft seiner Lösung entgegengeführt werden kann.

### Kunst und Wissenschaft.

Wiederangehende Bilder von Emil Nolde. Emil Nolde war für den Krieg in der Schlacht; er malte dort die im Besitze des Reichsfolionalmante befindlichen Bilder, die die Berliner Nationalgalerie ausstellen konnte, aber auch eine Anzahl von Selbstbildern. Als der Krieg ausbrach, waren diese Bilder auf dem Transport über See und mußten jedoch als verloren gelten. Wie jetzt das „Kunstblatt“ meldet, hat Nolde seine Selbstbilder aber jetzt in England wieder ausfindig gemacht.

Die Bibel in 528 Sprachen. Im Jahre 1920 ist die Bibel in 9 weitere Sprachen überetzt und gedruckt worden, so daß jetzt im ganzen 528 Bibelübersetzungen vorliegen. Zwei von den neuen Übersetzungen sind von Deutschen über das ungenommene Deutsch-Christentum geschaffen.

### Hochschulnachrichten.

Zum Nachfolger des Professors Dr. E. Döhrst auf dem Lehrstuhl der philosophisch-theologischen Fakultät und der Zoologie ist in der a. o. Professorenkammer, Universitätsprofessor und Dozent Dr. Axel Adolf Sanders, in Aussicht genommen. Am 10. April verstarb der ord. Professor der Mathematik Dr. phil. Dr. Axel Adolf Sanders im Alter von 32 Jahren. Camerer war zu Karlsruhe i. B. geboren. 1897-1901 war er Mitglied der Reichsversammlung der Technischen Hochschule zu Darmstadt, 1901-02 Mitglied der Reichsversammlung der Technischen Hochschule zu München, Diplom-Ingenieur Dr. phil. Dr. Axel Adolf Sanders im Alter von 32 Jahren. Camerer war zu Karlsruhe i. B. geboren. 1897-1901 war er Mitglied der Reichsversammlung der Technischen Hochschule zu Darmstadt, 1901-02 Mitglied der Reichsversammlung der Technischen Hochschule zu München, Diplom-Ingenieur Dr. phil. Dr. Axel Adolf Sanders im Alter von 32 Jahren.

### Provinzialnachrichten.

#### Ueber das Grubenunglück bei der Gewerkschaft

#### Arnsbach

Das unglückliche Grubenunglück bei der Gewerkschaft Arnsbach am 18. April 1921 gegen 8:30 Uhr abends ein Grubenunglück, dem leider vier Bergleute zum Opfer fielen.

Einer der dienstantenden Steiger bemerkte gegen 8 Uhr abends bei der Befahrung der Grubenbaue des Mitteltes plötzlich das Vorhandensein von Rauchgasen, die bei weiterer Nachforschung von den einziehenden Arbeiter bei Schacht II herangezogen zu sein an dieser liegenden Grubenbaue des Mitteltes der Schale IV und der in Vorrückung begriffenen Schale V vordrangen. In diesen Grubenbaue beschäftigten Arbeiter — insgesamt 11 Mann — wurden so schnell wie möglich von der dienstantenden Grube benachrichtigt und zum Verlassen der Grube aufgefordert.

Die Arbeiter nahen die Grubenbaue mit großer Schnelligkeit mit dem von Schichtführer XII kommenden Rettungszug vor und überzogen die auf der Schale V begriffenen 11 Bergleute von denen vier im Stremsberg bewußlos zusammenbrachen, während die übrigen sieben Mann völlig erschöpft den Schacht erreichten und von hier aus entlassen wurden.

Die vier Mann befehl, ihre Kameraden zu retten, denen sie mehrfach anzuhalten in die rauchgefüllte Grube ein, in der sie sich nach wenigen Schritten die Beinnägel verloren und ebenfalls zusammenbrachen. So kam es, daß die Rettungsmaßnahmen außer den vier Arbeitern noch 12 Arbeiter und Beamte in bewußtlosen Zustände aus der gefährdeten Grube zu bergen hatten, während der Fortgang der Rettungsarbeiten naturgemäß sehr erschwert und verzögert wurde. Gegen 3 Uhr morgens wurde der letzte Bergmann entlassen. Die Rettungsmaßnahmen, der neben einigen wenigen Arbeitern vorzugsweise die Grubenbaue von der Schichtführer Gahr und Bielecki anführten, hat unter dem besten materiellen Verhältnissen fortzuverarbeiten.

Das Auftreten der Brandgasen — vorwiegend Kohlenoxyd — ist, wie inzwischen festgestellt werden konnte, darauf zurückzuführen, daß sich seit langen Jahren im Mittelteil der Grube befindlicher Stollen im Laufe der Zeit bis an die vom Schichtführer XII aus im Stremsberg liegende Grubenbaue betreten und hier plötzlich einen Zusammenbruch der ausgehaltenen und ausgetrockneten Wetterstöße verurteilt hat, wodurch der Zutritt der stöhnigen Brandgase in den Mittelteil des Mitteltes ermöglicht wurde.

Angesehen hat keine der Bergleute durchgehende Maßnahmen zur Sicherstellung der Grubenbaue gegen erneutes Eintreten der Gase in die Grubenbaue getroffen, so daß die Bergleute inzwischen ihre Arbeiten wieder aufnehmen konnten.

Sämtliche im den Gauen in Verbindung gekommenen Mannschaften sind außer Gefahr und sind bereits größtenteils wieder am Arbeit erschienen.

s. Nachrichten, 22. April. (In allen hiesigen Schulen) soll umgehend die Zahnpflege eingeführt werden, die eine jährlich zweimalige Zahnreinigung der Schüler und langweilige Zahnbehandlung gegen eine mäßige Jahresgebühr bieten soll. Bei bedürftigen Schülern soll die jährliche Zahnreinigung aus Kosten der Stadt von Fall zu Fall übernommen werden. So kommen nur 4000 Schülern hierzulande in Betracht. Die Zahnarztpraxis soll der hiesigen Zahnarztpraxis übergeben werden. Die Fortbildungsgeld soll nur auch auf die gesamte weibliche Jugend bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt werden. Das Hauptgewicht wird auf die allgemeine hauswirtschaftliche Unterweisung und praktische Unterweisung gelegt. Das erfordert die umgehende Anstellung einer hauptamtlichen Zahnärztin neben dem Direktor.

s. Nachrichten, 22. April. (Städtisches.) In der letzten Stadtratsversammlung, die sich im wesentlichen mit den jüngsten Vorkommnissen in Mitteldeutschland beschäftigte und in deren Verlauf die bürgerliche und die sozialistische Fraktion dem Stadtrat König (Komm.) ihr Vertrauen entzog, interessierte be-

**VIALONGA**  
wunderbar gute Präparate  
gegen Spul- und Madenwürmer  
Ermäßig in allen Apotheken.